

Antrag der SK GUD

vom 15. Mai 2008

Weisung 193 vom 14. November 2007

Volksinitiative betreffend Umweltschutz konkret, Ablehnung und Gegenvorschlag

Die Volksinitiative lautet wie folgt:

I.

Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich wird um den folgenden Artikel erweitert:

Art. 2^{ter}

¹ Die Stadt Zürich trägt Sorge zu den natürlichen Lebensgrundlagen und hält die Belastung der Umwelt durch staatliche und private Tätigkeiten so gering wie möglich. Bei Gleichwertigkeit der Interessen hat die Erfüllung dieser Aufgabe Vorrang vor anderen städtischen Aufgaben.

² Sie sorgt für eine umweltfreundliche Verkehrsentwicklung. Fuss- und Veloverkehr sowie der öffentliche Verkehr haben dabei Vorrang vor den anderen Verkehrsmitteln.

³ Sie fördert den sparsamen Umgang mit Energie und Wasser sowie Bestrebungen zur Verminderung der Abfallmenge.

⁴ Sie unterstützt die dezentrale Energieerzeugung und die Energieversorgung durch einheimische und erneuerbare Energie. Die Stadt Zürich beteiligt sich nicht an der Erzeugung von Atomenergie; bestehende Bezugsvereinbarungen werden nicht erneuert, bestehende Beteiligungen sind abzustossen.

II.

In die Gemeindeordnung der Stadt Zürich wird die folgende Übergangsbestimmung aufgenommen: Der Verkauf der bestehenden Beteiligungen an Atomkraftwerken muss zehn Jahre nach Inkrafttreten von Art. 2^{ter} abgeschlossen sein.

III.

Der Stadtrat setzt diese Ergänzung der Gemeindeordnung nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.



2 / 4

Antrag des Stadtrates:

Zuhanden der Gemeinde:

1. Die Volksinitiative "Umweltschutz konkret" vom 17. Mai 2006 wird abgelehnt.
 2. Dem folgenden Gegenvorschlag des Stadtrates wird zugestimmt:
 - 2.1 Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 wird wie folgt ergänzt:

Art. 2^{ter}

 1. Die Stadt Zürich setzt sich aktiv für den Schutz und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen ein. Sie verpflichtet sich für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung.
 2. Sie setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit ein für die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft, insbesondere für
 - a) eine Reduktion des Energieverbrauchs pro Einwohner/Einwohnerin auf 2000 Watt Dauerleistung;
 - b) eine Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohner/Einwohnerin und Jahr sowie
 - c) die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen.
 3. Die Stadt Zürich verzichtet auf neue Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernenergieanlagen.
 - 2.2 Der Stadtrat setzt diese Ergänzung der Gemeindeordnung nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.
-

3 / 4

Die Mehrheit der SK GUD beantragt an Stelle des Dispositivs des Stadtrates folgenden Text im Sinne eines Gegenvorschlags des Gemeinderates sowie die Abschreibung der Motion GR-Nr 2004/492:

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Die Volksinitiative "Umweltschutz konkret" vom 17. Mai 2006 wird abgelehnt.

2. Dem folgenden Gegenvorschlag des Gemeinderates wird zugestimmt:

I. Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 wird wie folgt ergänzt:

Art. 2^{ter}

¹ Die Stadt Zürich setzt sich aktiv für den Schutz und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen ein. Sie verpflichtet sich für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung.

² Sie setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit ein für die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft, insbesondere für

- a) eine Reduktion des Energieverbrauchs auf 2000 Watt Dauerleistung pro Einwohnerin oder Einwohner;
- b) eine Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin oder Einwohner und Jahr;
- c) die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen.

³ Die Stadt Zürich verzichtet auf neue Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernenergieanlagen.

II. Übergangsbestimmung:

Für die Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin oder Einwohner und Jahr setzt die Stadt Zürich das Jahr 2050 als Ziel.

III. Der Stadtrat setzt diese Ergänzung der Gemeindeordnung nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

B. In eigener Befugnis:

Die Motion GR-Nr. 2004/492 von Bernhard Piller (Grüne) vom 15.9.2004 betreffend Kernkraftwerk Gösgen AG, Verkauf der städtischen Beteiligung, vom Gemeinderat überwiesen am 6.9.2006, wird abgeschrieben.



4 / 4

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Gegenvorschlages des Gemeinderates, aber Zustimmung zur Abschreibung der Motion Pillar.

Abstimmung Gegenvorschlag Gemeinderat

Mehrheit: Präsident Dr. Ueli Nagel (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Uschi Heinrich (SP), Erika Bärtschi Hafner (FDP), Marco V. Camin (FDP), Franziska Graf (SP), Gabriele Kisker (Grüne) i.V. Monika Bloch Süss (CSP), Gabriela Meier Schmuki (SP) i.V. Dr. Isabel Bartal (SP), Esther Ponti-Weder (CVP) i.V. Dr. Josef Widler (CVP), Hans Urs von Matt (SP)

Minderheit: Dr. Arthur Bernet (SVP), Referent; Urs Weiss (SVP)

Abwesend: Salvatore Di Concilio (SP)

Vakant: ein Sitz (SVP)

Abstimmung Abschreibung Motion 2004/492

Zustimmung: Präsident Dr. Ueli Nagel (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Uschi Heinrich (SP), Erika Bärtschi Hafner (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP), Marco V. Camin (FDP), Franziska Graf (SP), Gabriele Kisker (Grüne) i.V. Monika Bloch Süss (CSP), Gabriela Meier Schmuki (SP) i.V. Dr. Isabel Bartal (SP), Esther Ponti-Weder (CVP) i.V. Dr. Josef Widler (CVP), Hans Urs von Matt (SP), Urs Weiss (SVP)

Abwesend: Salvatore Di Concilio (SP)

Vakant: ein Sitz (SVP)

Schlussabstimmung:

Mehrheit: Präsident Dr. Ueli Nagel (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Uschi Heinrich (SP), Erika Bärtschi Hafner (FDP), Marco V. Camin (FDP), Franziska Graf (SP), Gabriele Kisker (Grüne) i.V. Monika Bloch Süss (CSP), Gabriela Meier Schmuki (SP) i.V. Dr. Isabel Bartal (SP), Esther Ponti-Weder (CVP) i.V. Dr. Josef Widler (CVP), Hans Urs von Matt (SP)

Minderheit: Dr. Arthur Bernet (SVP), Referent; Urs Weiss (SVP)

Abwesend: Salvatore Di Concilio (SP)

Vakant: ein Sitz (SVP)

Für die SK Gesundheits- und Umweltdepartement (SK GUD)

Präsident Dr. Ueli Nagel (Grüne)
Sekretärin Isa Tola